Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 8. März 2018
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Michael Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg Bernnat Denzer Glattacker Höfler (Vertretung für Herrn Escher) Kiefer (ab 17.40 Uhr) Lehmann Lindemer Oehler Rufer Salach Schumacher (ab 17.35 Uhr) Sommer (ab 17.40 Uhr) Vogel Wernthaler Wiesiollek
Entschuldigt:	Escher
Ferner:	Ortsvorsteher Simon Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 19.25 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Betriebsleiter Schäfer Stellv. Fachbereichsleiter Fessler Herr Beuschel, EB Abwasserbeseitigung
Urkundspersonen:	Stadträte Denzer und Glattacker
Schriftführung:	Frau Behringer und Frau Heinze
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.55 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt drei vorzuziehen, da Herr Sippel von der Forstbehörde noch nicht eingetroffen sei. Das Gremium stimmt der geänderten Reihenfolge der Tagesordnung zu.

TOP 3
Umbau Baumgartnerstraße 33 für das Familienzentrum
- Planung und Kostengenehmigung
Vorlage: 023/2018

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt den Architekten des Vorhabens, Herrn Hovenbitzer.

Herr Hovenbitzer erläutert sodann anhand einer Präsentation den Umbau und die Umnutzung des Wohngebäudes Baumgartnerstraße 33 für das Familienzentrum (Anlage 1). Er erklärt, dass verschiedene statische Maßnahmen am Gebäude zu machen seien. Aufgrund des Denkmalschutzes des Gebäudes sind erhebliche Anforderungen einzuhalten. Weiter teilt er mit, dass lediglich das Erdgeschoss behindertengerecht ausgebaut werden soll. Die baulichen Maßnahmen sollten bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Umbau des Hinterhauses erstmal nicht gemacht werde, um Kosten einzusparen. Er erläutert den Beschlussvorschlag, der eng mit dem Familienzentrum abgestimmt sei.

Stadtrat Glattacker begrüßt das Vorhaben. Der aktuelle Standort des Familienzentrums sei nicht ideal.

Stadtrat Bernnat stellt dar, dass das Vorhaben vom Gemeinderat unterstützt wurde und eine passende Lösung für den Campus biete. Er fragt, mit was für Kosten gerechnet werden müsse, wenn das Gebäude behindertengerecht erschlossen werden würde.

Herr Hovenbitzer teilt mit, dass das Erdgeschoss vollumfänglich behindertengerecht angedacht sei. Beratungen/Kursangebote können dort alle durchgeführt werden. Er begründet den Verzicht auf eine behindertengerechte Erschließung des Obergeschosses. Ein entsprechender Umbau würde ca. 90.000€ Mehrkosten verursachen. Hierfür müsste auch ein Teil der Laube abgerissen werden, damit ein Fassadenlift eingebaut werden könne.

Stadtrat Berg hält das Konzept für schlüssig und möchte wissen, wann und wo die zwei Krippengruppen U3 entstehen, wenn das Hinterhaus nicht gebaut werde. Der Bedarf an Krippenplätzen ist da.

Herr Hovenbitzer gibt an, dass die zweite Gruppe des Mini-Kindergartens zeitversetzt stattfinde.

Der Vorsitzende verweist ergänzend auf die Gruppen in der Konrad-Adenauer-Straße, die dann zunächst dort verbleiben würden.

Stadtrat Denzer äußert, dass man auch kritisch und langfristig nachdenken solle. Er fragt, ob der Umbau noch wirtschaftlich sei und spricht mögliche Mehr- und Folgekosten an.

Herr Hovenbitzer merkt an, dass die Gebäudesubstanz für die Kostenberechnung hinreichend untersucht worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig bei zwei Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Planung für den Umbau der Baumgartnerstraße 33 für das Familienzentrum Kinderland gGmbH wird zugestimmt. Die Kostenberechnung des Architekturbüros Wilhelm und Hovenbitzer Freie Architekten BDA, Lörrach, in Höhe von 1,389 Mio.€ wird genehmigt.

2. Die Beauftragung der Planer wird wie folgt genehmigt:
   Architekturbüro Wilhelm und Hovenbitzer Freie Architekten BDA aus Lörrach zur Umsetzung der Architektenleistung
   Ingenieurbüro Flösser aus Lörrach zur Umsetzung der Tragwerksplanung
   Ingenieurbüro Behringer aus Todtnau zur Umsetzung der HLS-Planung
   Planungsbüro Müller aus Lörrach zur Umsetzung der Elektroplanung

3. Auf den Einbau eines Fassadenlifts zur Erschließung aller Obergeschosse wird aus Kostengründen verzichtet

4. Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 454.000,- € sind im Haushalt 2019 bereit zu stellen.

5. Auf den Um- und Ausbau des Gebäudes Baumgartnerstraße 31 zu Krippenplätzen wird verzichtet.

TOP 1
Forsteinrichtungserneuerung für die Jahre 2018 bis 2027
Vorlage: 025/2018

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt hierzu Herrn Sippel, Forsteinrichter des Regierungspräsidiums Freiburg, und Herrn Schirmer, Leiter des Forstbezirks Kandern.

Herr Sippel gibt einen Überblick über den städtischen Wald und erläutert die Forsteinrichtungserneuerung anhand der Anlage der Beschlussvorlage. Der Wald der Stadt stehe sehr gut da.

Der Vorsitzende gibt an, dass der Wald in seiner Vielfalt wichtig sei und nicht nur wirtschaftliche Faktoren zählen würden. Im Vordergrund stehe gewichtig der Klimaschutz.

Alle Fraktionen danken für den interessanten Vortrag und stimmen der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat Berg fragt an, ob es möglich sei, mehr Refugien als Ausgleichsmaßnahme auszuweisen. Der Wald würde von allen intensiv genutzt werden.

Der Vorsitzende verweist auf die vom Gemeinderat beschlossenen Waldrefugien. Die Forsteinrichtungserneuerung sei auf dieser Grundlage erstellt worden.

Herr Schirmer ergänzt die Ausführungen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Lindemer geht Herr Sippel auf die schwierige Verjüngung der Eichen ein.

Stadtrat Oehler fragt nach den Ergebnissen für 2017 und warum es an einigen Stellen im Wald so wüst aussehe. Er spricht sich für ein behutsames Vorgehen bei der Holzernte aus.

Herr Sippel gibt an, dass derzeit für das vergangene Jahr noch keine Zahlen vorliegen, weswegen hierzu noch nichts gesagt werden könne. Er teilt auch mit, dass wenn der Wald genutzt werden soll, dies auch sichtbar sei. Es gäbe durchaus andere Modelle - bspw. mittels Kran -, welche aber mit hohen Kosten verbunden seien.

Der Vorsitzende bedankt sich für die ausführliche Darstellung und merkt an, dass die Aufgaben mit vier Waldarbeitern geleistet würden. Er erinnert zudem an die Waldbegehung, welche am 16. April 2018 um 16.00 Uhr stattfinde.

Stadträtin Salach merkt an, dass es schön wäre, wenn man an der Waldbegehung eine Kostenangabe nennen könne, was eine schonendere Bewirtschaftung finanziell ausmachen würde.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der örtlichen Prüfung und Planung der Forsteinrichtungserneuerung für die Jahre 2018 bis 2027 wird zugestimmt.

TOP 2
Ausweisung von Bäumen zu einem Naturdenkmal
Vorlage: 016/2018

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorlage und erinnert an den Antrag der Fraktion der Grünen in der Sache.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt teilt mit, dass in der Beschlussziffer 2 ein Fehler unterlaufen sei - die Jahreszahl müsse 2011 lauten.

Es besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf im Ausschuss.

Stadträtin Salach bittet um Prüfung, ob die Weide am Gewerbekanal ebenfalls auf eine Art geschützt werden könne.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Blutbuche im Aichele Park, sowie die Sommer- und Winterlinde im Juraweg als potentielle Naturdenkmale an die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises zu melden.

2. Der Gemeinderat stimmt dem Inhalt der Verordnung des Landratsamtes von **2011** bzw. der noch neu zu erstellenden Sammelverordnung zu. Bei grundsätzlichen Abweichungen der neuerstellten Verordnung ist der Gemeinderat im Verfahren erneut zu hören.

TOP 4
Park & Ride entlang der S-Bahn-Strecke „Zell im Wiesental-Basel“ auf Lörracher Stadtgebiet
Vorlage: 260/2017

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić stellt anhand der Präsentation den aktuellen Sachstand sowie das weitere Vorgehen zur Thematik vor (Anlage 2).

Stadtrat Kiefer dankt für die Ausführungen und verweist auf die ausstehende Fraktionssitzung.

Stadtrat Oehler unterstützt das Vorgehen. Er sieht eine wichtige Prämisse auch für die Ortsteile Hauingen und Brombach. Die Anregungen aus den Ortschaftsräten sollten aufgegriffen werden.

Stadträtin Wiesiollek hält die Prüfung für sehr sinnvoll. Einen Park+Ride-Parkplatz in der Schwarzwaldstraße sehe sie kritisch, da der Verkehr so nicht früher aus der Innenstadt abgefangen werde. Das Park+Ride müsse attraktiv gestaltet werden, bspw. mit einem Kombiticket für das Parken und den ÖPNV entsprechend der Stadt Straßburg.

Stadtrat Lindemer gib an, dass die Fraktion der Freien Wähler bereits in den vergangenen Haushaltsreden Park+Ride-Stellplätze angeregt habe. Die Hürde zur Nutzung müsse so gering wie möglich sein.

Stadtrat Vogel merkt an, dass in diesem Zuge auch überprüft werden sollte, ob der Zaun am Bahnhof Brombach versetzt werden könne, um weitere Stellplätze für Pendler zu schaffen.

Stadträtin Rufer gibt an, dass hier eine ehrliche Debatte geführt werden müsse, wer die Park+Ride-Stellplätze nutze. Sie merkt auch an, dass nochmals über Kurzstreckentarife nachgedacht werden sollte, da günstige Preise die Leute locken würden. Auch sieht sie ein Verkehrsvermeidungskonzept als sehr sinnvoll an.

Der Vorsitzende dankt für die Wortmeldung. Hierbei handle es sich um ein schwieriges Thema. Er bittet mit der Vorlage um die Erteilung des Arbeitsauftrages.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo sowie wie viele und zu welchen Konditionen an der Regio S-Bahn Park + Ride Parkplätze bzw. Pendlerparkplätze eingerichtet werden können.

TOP 5
Erstellung einer Zuordnungssatzung für die Abrechnung der Grünanlage im Belist.
Vorlage: 005/2018

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er erklärt, dass es bei der Zuordnungssatzung keinen Spielraum gebe und die Thematik rechtlich intensiv geprüft worden sei. Die Stadt sei gesetzlich dazu verpflichtet, diese festzusetzen. So müsse der Oberbürgermeister auch einem ablehnenden Gemeinderatsbeschluss widersprechen.

Stadtrat Denzer hält eine Präsentation und Diskussion für entbehrlich, da kein Entscheidungsspielraum bestehe.

Stadträtin Höfler möchte wissen, ob es in Stetten oder beim Hebelpark auch eine Zuordnungssatzung gab.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Fachbereich Straßen/Verkehr/Sicherheit im Vorfeld genau geprüft habe, ob hier eine Zuordnungssatzung erlassen werden müsse. Da es sich

hier um Ersatzmaßnahmen gehandelt habe und nicht um eine Neuanlage, war diese nicht erforderlich. Die Zuordnungssatzung gelte nur bei einem Neubau.

Ortsvorsteher Simon gibt an, dass im Vorfeld nicht klar gewesen sei, dass der Radius größer sein würde. Man sei von einer Zuordnung zum Neubaugebiet Belist ausgegangen.

Der Vorsitzende räumt ein, dass der 200m-Radius so nicht kommuniziert wurde. Gleichwohl habe man oft erwähnt, dass der Radius des grünen Tals weiter als das Gebiet Belist gehe. Dies sei nun nicht mehr zu ändern. Die Zuordnungssatzung sei gesetzlich vorgeschrieben und müsse erlassen werden.

Stadträtin Rufer hält die Situation für sehr unglücklich und bittet um nochmalige Prüfung. Die Kostentragung des Spielplatzes sei zuvor nicht kommuniziert worden. Es sei für die Anwohner nicht verständlich, dass auch Grundstücke außerhalb des Gebiets Belist herangezogen werden sollen. Hingegen seien nicht alle Grundstücke im „Belist" von der Zuordnungssatzung betroffen.

Der Vorsitzende begründet nochmals das Vorgehen. Er gibt weiter an, dass jeder der von der Zuordnungssatzung betroffen sei, Einspruch einlegen könne. Im Falle neuer Baugebiete oder Spielplätze werde man künftig die Kostenaussagen vor der Maßnahme treffen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt mehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

Der in der Anlage beigefügten Satzung „Satzung über die Festlegung der durch die Grünanlage auf den Grundstücken Flurstück Nr. 2619 und 2622 sowie den Kinderspielplatz auf dem Grundstück Flurstück Nr. 2619 erschlossenen Grundstücke (Zuordnungssatzung)" wird zugestimmt.

TOP 6
Umgestaltung nördliche Basler Straße und Kirchstraße, Sachstand Bauabschnitt II
Vorlage: 008/2018

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Eigenbetriebsleiter Schäfer stellt dar, dass es sich bei dem Vorhaben um ein anspruchsvolles Projekt über den Zeitraum von zwei Jahren handle.

Herr Beuschel erläutert sodann anhand einer Präsentation den Ablauf der Baumaßnahme (Anlage 3). Die Fertigstellung solle 2020 erfolgen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die ausführliche Darstellung.

Stadtrat Oehler möchte wissen, ob die Patienten des Dialysezentrums nicht den Zugang vom Adlergässchen nutzen könnten.

Herr Beuschel teilt mit, dass hierzu Gespräche mit dem Dialysezentrum geführt wurden. Er geht auf die Zugangssituation ein.

Stadtrat Wernthaler hält das Vorhaben für ehrgeizig und schwierig. Er möchte wissen, ob der künftige Straßenbelag in der Basler Straße ebenerdig verbaut werde und ob es eine Trennung von Fuß- und -Radweg gebe. Weiter möchte er wissen, wie die Kultureinrichtungen, wie z.B. das Museum in dieser Zeit auf sich aufmerksam machen werden.

Der Vorsitzende erläutert, dass über die Gestaltung der nördlichen Basler Straße ausführlich beraten und entschieden wurde. Eine Änderung sei nun nicht mehr möglich.

Fachbereichsleiter Dullisch gibt an, dass z.B. das Museum mit Bannern in der Basler Straße auf sich aufmerksam machen werde. Gespräche mit den Kultureinrichtungen sind am Laufen. Des Weiteren werde die Straßenstruktur eine optische Trennung erhalten.

Das Gremium nimmt sodann den Bericht zum Sachstand der Umgestaltung nördliche Basler Straße und Kirchstraße, Bauabschnitt II (Stand März 2018) zur Kenntnis.

TOP 7
Neubau Sporthalle Brombach, Arbeitsvergaben
Vorlage: 031/2018

Der Vorsitzende erläutert die Beschlussvorlage.

Im Ausschuss besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Stadtrat Denzer merkt an, dass auch bei möglichen Mehrkosten die Halle fertig gebaut werden müsse und diese nicht halbfertig stehen bleibe. Er habe im Vorfeld auf eine Kostensteigerung hingewiesen.

Der Vorsitzende erklärt, dass eine Kostendeckelung bis 9 Mio. € beschlossen worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

Den Auftrag zur Ausführung der Rohbauarbeiten erhält die Fa. Implenia, Rümmingen mit einer Auftragssumme von 1.532.264,02 €.

TOP 8
Straßenbenennung "Diichwegli" in Haagen
Vorlage: 030/2018

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Ortsvorsteher Simon bedankt sich für die Benennung, die von Altstadt-/ortschaftsrat Merz angeregt worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Fuß- und Radweg (Flurstück 2417 auf Gemarkung Haagen) im Gewerbegebiet „Teichmatten-Hasenloch" in Haagen erhält die Bezeichnung „Diichwegli".

TOP 9
Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

9.1

Der Vorsitzende informiert über die Zustimmung des Ortschaftsrates Haagen zu den Erschließungsarbeiten für die neue Anschlussunterbringung im Ortsteil.

9.2

Der Vorsitzende informiert über den Stand der Schulentwicklungsplanung. Entsprechend dem Vorbescheid des Regierungspräsidiums Freiburg sei mit der Genehmigung eines dritten Gymnasiums und der voraussichtlichen Ablehnung der zweiten Realschule am Standort Hellbergschule/Brombach zu rechnen. Zudem werde dem Auslaufen der Werkrealschule zugestimmt, solange die Mindestschülerzahl erreicht werde. Die Neumatt-Grundschule werde im Bestand bestätigt. Die Entscheidung werde die Stadt nun bis Monatsende prüfen.

Stadtrat Bernnat drängt auf eine baldige Klärung, ab wann das dritte Gymnasium laufen solle.

Der Vorsitzende zitiert aus dem Bescheid, dass dieses bereits ab dem Schuljahr 2018/19 möglich sei.

9.3

Der Vorsitzende geht auf die Situation der Grabenstraße ein. Von den Händlern werde der Kundenverkehr als zu gering empfunden. Der Widerspruch gegen die Festsetzung als Fußgängerzone sei vom Regierungspräsidium zurückgewiesen worden. Kontrollen haben ergeben, dass pro Stunde ca. 15-30 Fahrzeuge unbegründet die Grabenstraße befahren haben. Des Weiteren habe man den Busverkehr darauf hingewiesen, in Schrittgeschwindigkeit zu fahren.

TOP 10
Allgemeine Anfragen

10.1

Stadträtin Wiesiollek merkt an, dass vor der neue Postfiliale in der Wallbrunnstraße auf dem Gehweg geparkt werde. Sie fragt an, was dagegen gemacht werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass durch den Gemeindevollzugsdienst dort verstärkt Kontrollen durchgeführt werden. Bereits im Vorfeld sei die Post auf die schlechten Parkmöglichkeiten hingewiesen worden.

TOP 11
Offenlegungen

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

11.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am 1. Februar 2018

11.2 Stellungnahme des FB Medien und Kommunikation auf Anfrage von Stadträtin Schumacher hinsichtlich der Veranstaltungen im Freien

11.3 Stellungnahme des EB Stadtwerke auf Anfrage von Stadträtin Schumacher hinsichtlich des Anrufsammeltaxis der Linie 9

11.4 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit auf Anfrage von Stadtrat Escher hinsichtlich des verbotswidrigen Parkens auf dem Boulevard Belchenstraße

11.5 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit auf Anfrage von Stadtrat Escher hinsichtlich der Zufahrtsmöglichkeiten in der Grabenstraße für Taxiunternehmen

Z u r B e u r k u n d u n g

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen: Schriftführung: